Stadt Plauen
Finanzausschuss

Plauen, 12. März 2014

Niederschrift
über die 47. Sitzung des Finanzausschusses

Sitzung am :	Donnerstag, den 20.02.2014
Sitzungsort:	Rathaus, Zimmer 154 b

Beginn: 16:30 Uhr **Ende:** 19:45 Uhr

Anwesenheit:

Vorsitzender	**Bemerkungen**
Herr Oberbürgermeister Ralf Oberdorfer	
Stimmberechtigtes Mitglied	
Frau Yvonne Gruber	
Herr Klaus Jäger	
Frau Kerstin Knabe	anwesend bis TOP 6.2
Frau Petra Rank	
Herr Dieter Rappenhöner	anwesend ab TOP 6.2
Herr Hansjoachim Weiß	
Herr Benjamin Zabel	
Beratendes Mitglied	
Herr Christian Hermann	
Herr Wolfgang Stark	
Herr Jochen Stüber	
Herr Gerd Zeune	
Stellvertretendes Mitglied	
Herr Rainer Maria Kett	Vertretung für SR Stubenrauch

Abwesende:

Stimmberechtigtes Mitglied	
Herr Helko Grimm	entschuldigt
Herr Bernd Stubenrauch	entschuldigt
Beratendes Mitglied	
Herr Volker Friese	unentschuldigt
Herr Uwe Heidenfelder	entschuldigt

Herr Hans Peller	unentschuldigt
Herr Helmut Putz	entschuldigt

Mitglieder der Verwaltung

Name	Funktion	Anwesenheitsgrund
Frau Göbel	FBL Finanzverwaltung	gesamte Sitzung
Herr Uebel	Leiter Rechnungsprüfungsamt	gesamte Sitzung
Frau Karliner	FBL Personal/Organisation	TOP 5
Herr vom Hagen	Leiter Eigenbetrieb GAV	TOP 5, TOP 6.1, TOP 8.3
Herr Armbruster	kaufm. Leiter Eigenbetrieb GAV	TOP 5, TOP 6.1, TOP 8.3
Frau Lorenz	Fraktionsgeschäftsführerin CDU	
Frau Myrczek	Gleichstellungsbeauftragte	
Herr Leonhardt	FG Personalrat	

weitere Sitzungsteilnehmer

Name	Anwesenheitsgrund
Herr Dr. Bernd Märtner (Förderverein Freizeitanlagen Plauen GmbH)	TOP 4
Herr Ronny Adler (Geschäftsführer Freizeitanlagen Plauen GmbH)	TOP 4
Herr Piontkowski (Vogtland-Anzeiger)	öffentlicher Teil
Herr Selbmann (Freie Presse)	öffentlicher Teil

Tagesordnung:
öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung

1.1. Tagesordnung

1.2. Niederschrift über den öffentlichen Teil der 45. Sitzung des Finanzausschusses am 05.12.2013 sowie der 46. Sitzung am 23.01.2014

1.3. Beantwortung von Anfragen

2. Einwohnerfragestunde

3. Information

3.1. Genehmigte über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen
Drucksachennummer: 854/2014

4. Beschlussfassung

Genehmigung zur Errichtung eines Spielgerätes im Freibad Haselbrunn
Drucksachennummer: 837/2013

5. Information zur Umsetzung Gutachten ADV - Herr vom Hagen

6. Vorberatung

6.1. Bestellung des Abschlussprüfers für den Jahresabschluss 2013 der GAV
Drucksachennummer: 850/2014

6.2. Haushaltssatzung 2014
Drucksachennummer: 859/2014

- Stellungnahme der Verwaltung zu den Anträgen und Anfragen der Fraktionen zum Haushaltsplanentwurf 2014

7. Verschiedenes

1. Eröffnung der Sitzung

Die 47. Sitzung des Finanzausschusses wird von Oberbürgermeister Oberdorfer durch die Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit eröffnet und geleitet.

Zur Mitunterzeichnung der Niederschrift werden Stadträtin Petra Rank, Fraktion DIE LINKE., und Stadtrat Hansjoachim Weiß, Vorsitzender der CDU-Fraktion, gebeten.

1.1. Tagesordnung

Die Tagesordnung wird unter Beachtung der u. a. Änderungen bestätigt.

Herr vom Hagen, Leiter Gebäude- und Anlagenverwaltung, fragt, ob der **TOP 6 Information zur Umsetzung Gutachten ADV** vor der Haushaltsdiskussion behandelt werden kann, da Frau Karliner anwesend ist und ansonsten unnötig warten müsste.

Oberbürgermeister Oberdorfer legt fest, dass der **TOP 6 nach dem TOP 4** behandelt werden soll.

1.2. Niederschrift über den öffentlichen Teil der 45. Sitzung des Finanzausschusses am 05.12.2013 sowie der 46. Sitzung am 23.01.2014

Oberbürgermeister Oberdorfer stellt die inhaltliche Richtigkeit der Niederschrift über die 45. Sitzung des Finanzausschusses am 05.12.2013 sowie der 46. Sitzung am 23.01.2014 fest.

Herr Gerd Zeune, sachkundiger Einwohner, fragt, ob die Fördermittel bezüglich der Schau-stickerei beantragt wurden (Niederschrift v. 05.12.2014, S. 8)?

Herr vom Hagen, Leiter Gebäude und Anlagenverwaltung, antwortet, dass die Beantragung in Bearbeitung ist, weil die komplette Dachinstandsetzung auf Grund der Auflagen aus dem Denkmalschutz nur mit Fördermitteln möglich ist. Er merkt jedoch an, dass die Sicherung und die unbedingt notwenigen Reparaturen am Dach erfolgt sind.

Oberbürgermeister Oberdorfer legt fest, dass Herr vom Hagen automatisch informieren soll, wenn die Beantragung erfolgt ist.

1.3. Beantwortung von Anfragen

Frau Göbel, FBL Finanzverwaltung, informiert, dass die Anfrage von Stadtrat Weiß aus der letzten Sitzung des Finanzausschusses noch in Bearbeitung ist und Anfang nächster Woche versendet wird.

2. Einwohnerfragestunde

Es waren keine Einwohner anwesend.

3. Information

3.1. Genehmigte über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen
Drucksachennummer: 854/2014

Stadtrat Hansjoachim Weiß, Vorsitzender der CDU-Fraktion, fragt, ob es jetzt ständig zu dieser Vielzahl von außerplanmäßigen zusätzlichen Einzelaufwendungen bezüglich der lfd. Nr. 1 kommt oder ob dies nicht innerhalb der GmbH geklärt werden kann?
Zudem möchte er wissen, wieso es bei der lfd. Nr. 3 zu einem so großen preislichen Unterschied gekommen ist?

Frau Göbel, FBL Finanzverwaltung, antwortet, dass zu dieser Kostenerhöhung bereits in der letzten Vorlage dieser Art informiert wurde und hier nur lediglich ein Nachtrag von 55,61 EUR aufgeführt ist.
Bezüglich der lfd. Nr. 1 benennt sie den Nutzungsüberlassungsvertrag zwischen Stadt und den Freizeitanlagen. Dort ist geregelt, dass die GmbH Instandhaltungen bis 5.000 EUR aus eigenen Mitteln selbst finanziert und alles darüber hinaus Gehende von der Stadt bezahlt wird. Sie ergänzt, dass im Haushaltsansatz eine Erhöhung vorgesehen ist, um die zahlreichen überplanmäßigen Aufwendungen zu reduzieren.

Information:

Der Finanzausschuss der Stadt Plauen nimmt die gemäß der Anlage im Zeitraum vom 07.01.2014 bis 31.01.2014 für das Haushaltsjahr 2013 genehmigten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen zur Kenntnis.

4. Beschlussfassung

4.1. Genehmigung zur Errichtung eines Spielgerätes im Freibad Haselbrunn
Drucksachennummer: 837/2013

Oberbürgermeister Oberdorfer informiert, dass der Verein die über 20.000 EUR zu 100% aus Vereinsmitteln finanziert hat.

Herr Dr. Bernd Märtner, Förderverein Freizeitanlagen Plauen GmbH, erklärt, dass von anfänglich 19 Varianten, unter der Beachtung der Finanzen und der Interessen des Nutzungswertes, mit der Betriebsgesellschaft die Einigung getroffen wurde, ein "Kletterpiratenschiff" anzuschaffen. Er ergänzt, dass das Spielgerät in dieser Kombination einzigartig im Vogtland und für Kinder bis zum Alter von 13 Jahre geeignet ist.

Herr Ronny Adler, Geschäftsführer Freizeitanlagen Plauen GmbH, erläutert, dass durch die Anschaffung des Spielgerätes eine Ausrichtung weg vom reinen Schönwetterbetrieb möglich ist.

Oberbürgermeister Oberdorfer fügt hinzu, dass sich der Verein für das beste Holz mit der längsten Haltbarkeit entschieden hat.

Herr Dr. Märtner ergänzt, dass eine Summe von ca. 26.000 EUR netto aufgewendet wird.

Stadtrat Rainer Maria Kett, Vorsitzender der SPD-Fraktion, merkt an, dass die Formulierung im vorletzten Absatz im Sachverhalt zum besseren Verständnis wie folgt geändert werden sollte: Die Finanzierung erfolgt durch den Förderverein.

Oberbürgermeister Oberdorfer stimmt dem zu und schlägt folgende Änderung vor:

Die Finanzierung erfolgt zu 100% durch den Förderverein.

Herr Dr. Märtner weist darauf hin, dass dies nicht ganz korrekt ist, da der Förderverein einen Zuschuss an die GmbH gibt, weil die GmbH vorsteuerberechtigt ist und ansonsten Mehrwertsteuer anfallen würde. Er ergänzt, dass der komplette Nettobetrag der GmbH zur Verfügung gestellt wird.

Stadtrat Hansjoachim Weiß, Vorsitzender der CDU-Fraktion, fragt, ob die Betriebskosten für die Instandhaltung und die Abschreibungen im Haushalt der Freizeitanlagen geplant sind?

Herr Dr. Märtner erklärt, dass die Modalitäten wie in der Vergangenheit sind, d.h. die GmbH bekommt das als verlorenen Zuschuss und aktiviert es demnach nicht. Die GmbH bekommt das Spielgerät quasi geschenkt.

Herr Adler fügt hinzu, dass sie sich bewusst für das Robinienkernholz entschieden haben, da der Hersteller Garantieleistungen bis zu 15 Jahre gibt. Weiter erläutert er, dass die Folge-kosten sehr überschaubar sind. Da ein Spielgerät bestimmten Vorschriften unterliegt, muss es einmal jährlich untersucht werden. Er erklärt, dass mit dem zuständigen Sicherheitsbeauftragten besprochen wurde, dass er die Spielgeräte mit überprüft, da er wegen der Kontrolle der Rutschen und des Sprungturms sowieso einmal jährlich in der Anlage ist. Er informiert abschließend, dass die somit entstehenden geringfügigen Mehrkosten durch die GmbH getragen werden.

Oberbürgermeister Oberdorfer weist darauf hin, dass durch die gesteigerte Attraktivität mit einer höheren Anzahl an Badegästen gerechnet werden kann und somit die betriebswirtschaftliche Seite der GmbH positiv beeinflusst wird.
Zudem möchte er die Stadträte im Namen des Fördervereins zur Eröffnung am 02. Mai 2014 einladen.

Beschluss:

Der Finanzausschuss des Stadtrates der Stadt Plauen genehmigt die Errichtung eines Spielgerätes im Freibad Haselbrunn entsprechend Anlage 1.

Abstimmungsergebnis: 8 JA-Stimmen, 0 NEIN-Stimmen, 0 Stimmenthaltungen

5. Information zur Umsetzung Gutachten ADV

Frau Karliner, FBL Personal/Organisation, macht nähere Ausführungen zu den vor Beginn des Ausschusses ausgereichten Unterlagen. Sie erklärt, dass die Gutachter die konsequente Fortführung der Nutzung der Fabasoft „eGov-Suite“ empfehlen und beschreibt welche Maßnahmen dazu nötig sind.

Herr Armbruster, kaufmännischer Leiter Gebäude- und Anlagenverwaltung, merkt an, dass eine Kernaussage des Gutachtens, der Aufbau einer Kosten- und Leistungsrechnung in der ADV war.
Er informiert, dass im Laufe des Jahres die Kosten und Leistungen der Mitarbeiter für die Kostenträger erfasst wurden und die Auswertung dazu im Rahmen des Jahresabschlusses 2013 erfolgen wird.

Herr Jochen Stüber, sachkundiger Einwohner, fragt, wieso eine Umstellung auf Windows 7 erfolgt, wenn es schon Windows 8 gibt?

Stadtrat Klaus Jäger, Fraktion DIE LINKE., möchte wissen, ob es bezüglich der

Interkommunalen Zusammenarbeit, z.B. bezüglich Vorgänge der Vergabe, des Rechts, der Gewässer, der Ordnungswidrigkeiten, des Vorkaufsrechts und der Baulastenauskünfte, Fortschritte gibt?

Stadtrat Hansjoachim Weiß, Vorsitzender der CDU-Fraktion, bedauert es sehr, dass es diesbezüglich keine Zusammenarbeit zwischen der Stadt Plauen und dem Vogtlandkreis gibt.
Zudem fragt er, ob die Fraktionen schon auf die neue Software umgestellt sind und wenn nicht, wann dies erfolgt?

Stadtrat Rainer Maria Kett, Vorsitzender der SPD-Fraktion, regt an, dass wenn die Zusammenarbeit mit dem Vogtlandkreis nicht möglich ist zumindest versucht werden sollte, die Aspekt der IT-Strategie auf die Gesellschaften anzuwenden und somit Synergien zu nutzen.

Frau Karliner erklärt, dass im Rahmen der Erstellung der IT-Strategie die Prüfung möglicher Kooperationen ein Thema sein wird. Sie äußert, dass sich die Nutzung im Dokumenten-management schwierig gestaltet, aber es in einzelnen Bereichen z.B. Gewerbe schon versucht wird.

Herr Armbruster kann nicht genau sagen, welche Programmversion die Fraktionen aktuell nutzen, er wird sich jedoch erkundigen und auch nachfragen, wann ggf. die Umstellung erfolgen soll.
Er erläutert, dass Dinge die im Office 2010 erstellt wurde, nicht im Windows 2003 verwendet werden konnten. Er fügt hinzu, dass angenommen wird, dass die Office und Windows Programme eine lange Laufzeit haben und somit vorerst auf Windows 7 und Office 2007/2010 umgestellt wird. Wenn nötig kann dann in ca. 5-7 Jahren die Umstellung auf die dann aktuelle Windowsversion erfolgen.

Stadtrat Kett merkt bezüglich der Neubewertung des Reifegrades an, dass dies seiner Meinung nach damals im Gutachten eine problematische Stelle war. Er erinnert sich, dass die Beurteilung des Reifegrades teilweise auf Untersuchungen, aber teilweise auch auf Selbsteinschätzungen zurück ging und dort eine Diskrepanz auftrat. Er weist darauf hin, dass die Selbsteinschätzungen viel positiver waren und nicht mit den Untersuchungsergebnissen harmonierten haben. Er findet, dass ein Mechanismus benötigt wird, der eine weitgehende Objektivität beschert.

Herr vom Hagen, Leiter Gebäude- und Anlagenverwaltung, antwortet, dass in dem Gutachten relativ eindeutige und für den Betrachter gut nachvollziehbare Schemata zur Ermittlung dieses Reifegrades dargestellt waren. Er erklärt, dass diese Darstellung den Stadträten, bei einer erneuten Selbsteinschätzung durch die Verwaltung, eine kritische Sicht auf die Bewertung
ermöglichen würde.

Stadträtin Kerstin Knabe, FDP-Fraktion, weist darauf hin, dass Windows 8 mit Firmensoftware oft nicht kompatibel ist und deswegen nur Upgrades auf Windows 7 erfolgen. Anmerken möchte sie aber auch, dass auch Windows 7 teilweise schon abgekündigt wird.

Oberbürgermeister Oberdorfer bezieht sich auf einen, zu Beginn der Diskussion von Frau Karliner gemachten Vorschlag. Dabei äußerte sie, dass die Vorgänge, welche im Dokumentenmanagement dargestellt werden, bei Bedarf an konkreten Beispielen direkt in einem Ausschuss gezeigt werden können.
Er bittet darum, dass dies selbstständig geplant und im Sitzungsdienst angemeldet wird.

6. Vorberatung

6.1. Bestellung des Abschlussprüfers für den Jahresabschluss 2013 der GAV
Drucksachennummer: 850/2014

Herr Armbruster, kaufm. Leiter Gebäude- und Anlagenverwaltung, erklärt, dass das Wirtschaftsprüfungsbüro KJF von der Wirtschaftsprüfungskammer geprüft wurde. Bei der Abgabe des Abschlussberichtes kam es zu einer Fristüberschreitung durch den Prüfer und somit durfte der Wirtschaftsprüfer von KJF alle bis dahin angenommen Prüfaufträge vorerst nicht ausführen. Er fügt hinzu, dass die Bescheinigung mittlerweile ausgestellt ist und der Beschluss nur aus formalen Gründen erneut gefasst werden muss.

Die Mitglieder des Finanzausschusses stimmen dem Beschlussvorschlag der Verwaltungsvorlage mit der Drucksachennummer 850/2014 einstimmig zu.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Plauen bestellt die KJF GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Steuerberatungsgesellschaft, Stresemannstraße 33 in 08523 Plauen zum Abschlussprüfer für den Jahresabschluss und den Lagebericht zum 31.12.2013 für den Eigenbetrieb Gebäude- und Anlagenverwaltung der Stadt Plauen.

Abstimmungsergebnis: 8 JA-Stimmen; 0 NEIN-Stimmen; 0 Stimmenthaltungen

6.2. Haushaltssatzung 2014

- Stellungnahme der Verwaltung zu den Anträgen und Anfragen der Fraktionen zum Haushaltsplanentwurf 2014
Drucksachennummer: 859/2014

Frau Göbel, FBL Finanzverwaltung, erklärt, dass nur zwei Änderungen der Fraktionen unmittelbar das Jahr 2014 betreffen und diese Ansatzänderungen von der Verwaltung auch so eingeordnet wurden. Zum einen betrifft dies den Speisesaal des Diesterweg-Gymnasiums (S. 4 der Änderungslisten zum Ergebnis- und Finanzhaushalt) und zum anderen die Sportförderung (S. 7) bezüglich der Beibehaltung der Zuschüsse für die ehrenamtlichen Trainer im Erwachsenenbereich.
Sie wirbt zudem um Verständnis, dass sich durch die relativ lange Zeit von Planentwurf bis Beschlussfassung umfangreiche mit aktuellen Entwicklungen zusammenhängende Änderungen der Verwaltung ergeben haben. Sie informiert, dass die liquiditätswirksamen Änderungen grau hinterlegt wurden.
Im Folgenden benennt sie die wichtigsten zahlungswirksamen Änderungen. So ergebend sich aus dem Zuwendungsbescheid für den Haltepunkt Mitte (S. 15) größere Verschiebungen. In diesem Zusammenhang möchte sie hervorheben, dass ein Großteil der Zuschüsse erst in den Folgejahren und nicht wie geplant in 2014 eingenommen wird und die Stadt somit in Vor-finanzierung gehen muss (verschlechtert Ergebnishaushalt 2014). Zudem erklärt sie, dass es durch die Verzögerung Umbau Landratsamt (S. 12-13) zu Veränderungen gekommen ist. So erhöht sich für 2014 die Kreditaufnahme um ca. 1 Mio. EUR, die Verschuldung jedoch nicht, da im Gegenzug Kreditermächtigungen der Vorjahre reduziert werden. Als weitere Aktualisierungen, die in der Beschlussvorlage aufgeführt sind, benennt sie folgende Posten: zusätzliches Projekt des Tourismusverbandes, Zuschuss an die Theater Zwickau gGmbH (+14 TEUR im Zusammenhang mit Mietkosten), Reduzierung Zinsaufwand durch Verschiebung Kreditaufnahme, Änderungen auf Grund der Übernahme des Festplatzes durch den Schaustellerverband, Neueinordnung des Projektes „25 Jahre Friedliche Revolution“, Erhöhung Mietzuschuss an Post SV wegen Umsatzsteuerproblematik, Veränderungen bei

Ausstattung von Berufsfeuerwehr, Aktualisierungen im Baubereich wegen Neuveranschlagungen, Reduzierung von Auszahlungen durch Tilgungsstreckung.
Sie verweist auch auf die weiteren Bestandteile der Beschlussvorlage, z.B. die geänderten Wirtschaftspläne. Dabei äußert sie, dass die aktuelle Beschlussfassung zum Wirtschaftsplan des Theaters, die keine zusätzliche Finanzierung der Tariferhöhungen für 2014 beinhaltet, eingearbeitet wurde.
Sie erklärt weiterhin, dass durch angepasste Rechtsvorschriften des Gesetzgebers auf S. 5 (Gesamtfinanzhaushalt) der Beschlussvorlage die Pos. 52 (voraussichtlicher Bestand an liquiden Mitteln) um ca. 1 Mio. EUR höher als im Planentwurf ist und dort nun das sogenannte „Verwahrkonto“ mit einbezogen wird.
Abschließend weist sie darauf hin, dass auf S. 5 Pos 46 das Minus vor den Auszahlungen (12.047.174 EUR und 9.692.134 EUR) weggestrichen werden muss.

Stadtrat Hansjoachim Weiß, Vorsitzender der CDU-Fraktion, merkt an, dass er die Übersicht der Controller aus dem Verwaltungsausschuss bezüglich der freiwilligen, der weisungsgebundenen und der weisungsfreien Aufgaben sehr gut fand und sich wünscht, dass diese auch veröffentlicht wird.
Bezüglich des Kemmlerturms äußert er, dass man wenigstens hätte versuchen können Fördermittel über die Infrastrukturpauschale zu erhalten.
Er findet, dass schon jetzt ggf. Maßnahmen eingeleitet werden sollten, die dazu führen, dass die Synergieeffekte der städtischen Gesellschaften zukünftig besser genutzt werden können.
Er weist darauf hin, dass je später der Haushalt beschlossen wird umso problematischer wird es z.B. hinsichtlich der Fördermittelbeantragung. Seiner Meinung nach sollten wirklich die Punkte angegangen werden, die notwendig sind, um in den Folgejahre nicht nur von der Rücklage zu zehren.

Frau Göbel äußert hinsichtlich der Aussage von Stadtrat Weiß zur Infrastrukturpauschale, dass diese lt. Gesetzt nur für kreisfreie Städte und Landkreise gewährt wird und sich deutlich von der Infrastrukturpauschale, die es schon einmal gab (Regionalbudget), unterscheidet. Sie erklärt weiter, dass dies vom zuständigen Referenten der SSG bestätigt wurde.
Sie erläutert, dass die Nutzung von Synergieeffekten bei den Gesellschaften verfolgt und genau geprüft wird.

Stadtrat Klaus Jäger, Fraktion DIE LINKE., erwähnt, dass bei der Gewerbesteuer entgegen des Bundestrends keine Erhöhung erfolgt ist und somit 3,5 Mio. EUR weniger als veranschlagt eingenommen wurden. Zudem findet er, dass die im Haushalt geplanten Steuereinnahmen sehr optimistisch geschätzt sind. Er erklärt, dass alle Bauausgaben auf den Prüfstand gestellt werden müssen. Nicht zufrieden ist er mit den geplanten Aufwendungen für die Bahnhofstraße, da er 35.000 EUR für zu wenig hält, um eine tatsächliche Belebung des
oberen Bereiches zu erreichen. Weiterhin möchte er, dass das Projekt Turnstraße auf den Prüfstand soll. Anmerken möchte er auch die Niederschlagung von Steuerforderungen, die seiner Meinung nach zu hoch ist (2013: ca. 1,3 Mio. EUR).
Er fragt, warum auf Seite 1 (Gesamtergebnishaushalt) bei Pos. 13 die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen von ca. 8 Mio. EUR (2013) auf ca. 12,5 Mio. EUR (2014) ansteigen und dann auf 7 Mio. EUR absinken?
Abschließend möchte er wissen, wieso die Stadtwerke Erdgas zwischen 2012 und 2017 einen Umsatzverlust von ca. 20% einplanen?

Oberbürgermeister Oberdorfer erklärt, dass die niedrigen Gewerbesteuern mit der hohen Investitionstätigkeit in Zusammenhang stehen. So konnten durch die Wirtschaftsförderung 70 Mio. EUR registrierte Investitionen mit vermittelt wurden. Er erläutert, dass diese hohe Investitionstätigkeit in Bestandsunternehmen bei der Gewerbesteuer gegengerechnet wird.
Er erwähnt, dass beim Haltepunkt Mitte bei einer Gesamtinvestition von 11,5 Mio. EUR eine Infrastrukturmaßnahme entsteht, die auf Jahrzehnte wirkt und bei der die Stadt „nur“ 2,3 Mio. EUR investieren muss.

Generell findet er, dass die Stadt Plauen stabil aufgestellt ist und der Haushalt 2014 durchaus unter dem Aspekt, die Stadt weiter voranzubringen, an die Bevölkerung kommuniziert werden kann.

Frau Göbel erklärt, dass die Entscheidung zu Baumaßnahmen z.B. bezüglich Turnstraße bei den Fachausschüssen beraten werden soll.
Die Reduzierung bei der Maßnahme „Bahnhofstraße“ begründet sie mit dem Wegfall des Förderanteils. Hinsichtlich der Schwankungen im Bereich der Sach- und Dienstleistungen merkt sie an, dass dort der Haltepunkt Mitte eine Rolle spielt, da er zum großen Teil dem Ergebnishaushalt zugeordnet werden muss.
Bezüglich der Frage von Stadtrat Jäger zu den Stadtwerken Erdgas weist sie darauf hin, dass dazu sicher auch der Aufsichtsrat berät.

Oberbürgermeister Oberdorfer informiert, dass in Kürze die Bilanz vorgelegt wird, die sich aktuelle noch zur Prüfung im Rechnungsprüfungsamt befindet. Er erklärt, dass dem Vermögen der Stadt in Höhe von ca. 585 Mio. EUR 53 Mio. EUR Schulden entgegenstehen.
In
Bezug auf die geplante Steuererhöhung in 2015 merkt er an, dass vergleichbare Städte schon heute auf einem höheren Steuerniveau liegen.

Stadtrat Rainer Maria Kett, Vorsitzender der SPD-Fraktion, kann die Ausführungen von Oberbürgermeister Oberdorfer nicht folgen und verweist auf den Vorbericht des Haushaltsentwurfes.
Die längere Zeitspanne von Entwurf bis Beschluss hat er als positiv und angemessen empfunden. Sollte daraus ein gewisser Druck entstanden sein, dann müsste seiner Meinung nach, die Terminkette künftig eher begonnen werden.
Er geht davon aus, dass für die Festlegung eines gesetzmäßigen Haushaltes der gesamte Planungszeitraum betrachtet wird und die Bedingungen für dieses Zeitraum erfüllt sein müssen?

Frau Göbel antwortet, dass die Bedingungen bis zum letzten Jahr des Finanzplanungszeit-raumen, aber auch unterjährig in jedem Jahr erfüllt sein müssen.

Stadtrat Kett erklärt, dass vor diesem Hintergrund gesehen, den Planzahlen für die Folgejahre eine größere Beachtung geschenkt und sie nicht für unverbindlich und beliebig eingestuft werden sollten.
Bezüglich des Themas „Straßenbahn“ möchte er klarstellen, dass die SPD-Fraktion lediglich prüfen wollte, ob verschiedene Verwaltungsaufgaben an Landkreis übergeben werden können, die nicht mehr in die Zuständigkeit der Stadt Plauen fallen. Es wurde nie darüber diskutiert, die Straßenbahn in Frage zu stellen. Die SPD-Fraktion ist nach wie vor der Meinung, dass für Verwaltungsaufgaben, welche derzeit noch der Stadt zugeordnet sind, Strukturen im Vogtlandkreis bereitgehalten werden. Abschließend äußert er seinen Unmut darüber, dass sich fast alle Änderungsvorschläge der SPD-Fraktion nicht im Haushalt wiederfinden.

Frau Göbel antwortet, dass die Anregungen sehr ernst genommen und tiefgründig beantwortet werden. Eine genaue Prüfung ist jedoch nur dann möglich, wenn die Dinge auch konkret benannt sind. Ihr ist z.B. nicht bekannt, wo der Vogtlandkreis Strukturen für die Plauen bereithält? Sie erklärt, dass sie den Vorwurf, dass der Haushalt nicht konsolidiert werden kann, weil die Verwaltung alle Vorschläge ablehnt, nicht verstehen kann.
Sie weist darauf hin, dass wenn die Einführung einer Vollkostenrechnung vom Rat gewünscht ist, zusätzliche Stellen geschaffen werden müssen. Aus ihrer Sicht ist dies nicht sinnvoll, auch weil voraussichtlich die sich daraus ergebenden Gebührenerhöhungen sicher nicht gewollt sind.

Stadträtin Kerstin Knabe, FDP-Fraktion, schlägt vor, auf dem Areal des ehemaligen

Pionierhauses Parkflächen zu schaffen. Weiterhin merkt sie an, dass oftmals eher versucht werden sollte Mehreinnahmen zu schaffen, als nur bei den Ausgaben zu sparen.

Oberbürgermeister Oberdorfer antwortet, dass das Thema Parkflächen schon durch den Geschäftsbereich II geprüft wird.

Stadträtin Petra Rank, Fraktion DIE LINKE., fragt, ob der Schaustellerverband den Festplatz jetzt auch komplett verwaltet (S.3 Pkt. 22)? Sie merkt an, dass die Begründung bezüglich der Kürzung des Babygeldes zwar sehr ausführlich war, sie aber trotzdem findet, dass keine Kürzung erfolgen soll. Weiterhin möchte sie wissen, ob die Kommunen hinsichtlich der nicht ausreichenden Zuschüsse zum Kopiergeld Druck beim Land gemacht haben, damit mehr Landesmittel zufließen?

Oberbürgermeister Oberdorfer erklärt, dass sich der Schaustellerverband selber organisieren möchte und somit ein Vertrag zwischen Festhalle und Verband geschlossen wurde.
Frau Göbel erläutert bezüglich des Kopiergeldes, dass die FAG-Verhandlungen zurzeit laufen und dies dort als Forderung sicher mit berücksichtigt ist. In Bezug auf das Babygeld erwähnt sie die Finanzierung der Familienhebamme und verweist darauf, dass das Babygeld eine freiwillige Aufgabe ist und nur bei einer Geste (50 EUR) belassen werden sollte.

Stadtrat Benjamin Zabel, SPD-Fraktion, findet, dass der Prozess der zu diesem Haushalt geführt hat nicht sehr effektiv war. Er merkt an, dass es schon 2010/2011 um ähnliche Punkte ging, damals auch Ansätze gefunden wurden, aber diese von beiden Seiten nicht konsequent weitergeführt wurden. Er meint, dass man sich theoretisch schon vor einem Jahr in Form von Diskussionen zwischen Rat und Verwaltung systematisch mit den Problemen hätte beschäf-tigen können. So werden seiner Meinung nach Probleme Jahr für Jahr weitergeschoben, weil sie nie in einem Prozess geklärt werden und sich jeder nicht ernst genommen fühlt.
Einen weiteren Punkt den er ansprechen möchte betrifft das Theater. Er ist der Ansicht, wenn die finanzielle Zukunft eines Mehrspartentheaters nicht gesichert ist, auch der Haushalt nicht zustimmungsfähig ist.
Außerdem kann er nicht verstehen, wie die Verwaltung, ohne dass es einen Auftrag gibt, eine Stellungnahme bezugnehmend auf die SPD-Fraktion entwickelt, in der die Auswirkungen bezüglich der Rückübertragung des öffentlichen Personennahverkehrs thematisiert werden? Hinzu kommt, dass alle Beteiligten der SPD-Fraktion immer wieder erklären, dass sie nicht für die Frage, Rückübertragung Plauener Straßenbahn an den Vogtlandkreis sind.
Für den neuen Stadtrat wünscht er sich, dass Haushaltspolitik gemeinsam und unter Berücksichtigung aller Beteiligten gestaltet wird.

Oberbürgermeister Oberdorfer schlägt vor, keine Abstimmung vorzunehmen. Den Äußerungen von Stadtrat Zabel kann er nachvollziehen. Er findet auch, dass der neue Stadtrat noch stärker in die grundsätzlichen Richtungen der Haushaltsplanung einbezogen werden soll. Er kann sich vorstellen, dass dem neuen Rat nach der konstituierenden Sitzung eine vorbereitende Haushaltsplanung mit der Kämmerei angeboten wird.

Frau Göbel befürwortet dies. In diesem Zusammenhang schlägt sie vor, dann ggf. auch gleich einen Doppelhaushalt zu beschließen.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt:

1. **den am 19.11.2013 vorgelegten Haushaltsplanentwurf 2014 mit den in den Anlagen aufgezeigten Veränderungen sowie die Haushaltssatzung 2014 in der sich daraus ergebenden endgültigen Fassung;**

2. den Finanzplan und das Investitionsprogramm 2013 bis 2017.

Abstimmungsergebnis: keine Abstimmung erfolgt

7. Verschiedenes

Keine Diskussion.

Plauen, den	Plauen, den	Plauen, den	Plauen, den
Ralf Oberdorfer Oberbürgermeister	Luise Dähn Schriftführerin	Petra Rank Stadträtin	Hansjoachim Weiß Stadtrat